

# Wahl für ungültig erklärt

## Conte als Vorsitzender der Fünf Sterne in Italien abgesetzt / Grillo ruft zu Besonnenheit auf

rüb. ROM. Führungskrisen in den Parteien seiner breiten Koalition sowie wachsende Inflationssorgen belasten die Regierungsarbeit von Ministerpräsident Mario Draghi. Gleich ganz ohne Führung steht seit Montagabend die linkspopulistische Fünf-Sterne-Bewegung da, weil ein Gericht in Neapel die Wahl des früheren Ministerpräsidenten Giuseppe Conte zum Parteichef im August für ungültig erklärt hat. Die Fünf Sterne sind nach Parlamentsmandaten die stärkste Kraft in der Koalition des früheren EZB-Präsidenten Draghi, der selbst parteilos ist. Die Lega verfügt in beiden Kammern über die zweithöchste Zahl von Sitzen.

Beppe Grillo, Gründer und Ehrenvorsitzender der Fünf-Sterne-Bewegung, ließ am Dienstag wissen, der Richterspruch müsse respektiert werden. Die vom Gericht für ungültig erklärte Satzung, die unter Federführung des nun abgesetzten Parteichefs Conte verfasst worden war, müsse rasch überarbeitet werden. Interimistisch ist nun wieder Senator Vito Crimi Parteichef. Auch die Position von Beppe Grillo, dessen Macht Conte mit seinem Parteistatut drastisch beschnitten hatte, ist vorerst wieder gestärkt. Grillo rief die Mitglieder der Bewegung zu Ruhe und Besonnenheit auf.

Noch am Montagabend hatte Conte erklärt, der vom Gericht zu seinen Ungunsten entschiedene juristische Streit um Satzung und Wahlmodus untergrabe nicht seine politische Legitimität als Parteichef. Er wolle sein Führungsamt behalten und sich abermals der Urwahl der Parteimitglieder stellen, sagte Conte. Geklagt hatten im Namen von Hunderten Mitgliedern der Bewegung drei Aktivisten aus Neapel, die aus formalen

Gründen nicht an der Wahl des neuen Parteichefs hatten teilnehmen können. Außenminister Luigi Di Maio gilt als schärfster Konkurrent Contes, sollte es zu einer Kampfabstimmung um den Parteivorsitz kommen.

Draghi muss damit rechnen, dass Politiker, deren Position in den eigenen Reihen geschwächt ist, einen Kabinettsposten für sich fordern, damit sie von einem Regierungsamt aus Wahlgeschenke an ihre Klientel zu den Parlamentswahlen im März 2023 verteilen können. Bisher hat Draghi alle Forderungen nach einer Kabinettsumbildung zurückgewiesen. Außerdem wird von verschiedener Seite – auch von Koalitionsparteien – gefordert, der Staat müsse bedürftigen Familien sowie kleinen und mittleren Unternehmen weitere Unterstützung wegen der deutlich gestiegenen Energiepreise gewähren.

Die Teuerung lag im Januar bei 4,8 Prozent, das war der höchste Wert seit 1998. Inflationstreiber sind vor allem die deutlich höheren Energiekosten. Die Strompreise haben sich binnen eines Jahres fast verdoppelt. In der Bevölkerung wie an den Finanzmärkten herrscht seit dem Jahreswechsel eine deutlich skeptischere Stimmung als noch im Spätherbst. Der Kreditaufschlag (Spread) für italienische Staatspapiere gegenüber Bundesanleihen gleicher Laufzeit hat sich zu Wochenbeginn auf mehr als 160 Basispunkte erhöht, den höchsten Wert seit Sommer 2020. Zur anhaltenden Teuerung, die das Wirtschaftswachstum um einen Prozentpunkt reduzieren könnte, tritt die Sorge, dass der Streit der Parteien im Inneren und untereinander den Reformplan der von Draghi geführten Koalition bremsen dürfte.

# Elezione non valida

**Conte spodestato dal ruolo di leader dei Cinque Stelle / Grillo invita alla prudenza**

*Matthias Rüb, Roma*

Le crisi di leadership nei partiti della sua ampia coalizione e le crescenti preoccupazioni relative all'inflazione stanno pesando sul lavoro del governo del primo ministro Mario Draghi. Il Movimento Cinque Stelle, populista e di sinistra, è attualmente senza leader da lunedì sera, dato che il tribunale di Napoli ha dichiarato non valida l'elezione dell'ex primo ministro Giuseppe Conte a leader del partito, in agosto. Nella coalizione di governo dell'ex presidente della BCE, i Cinque Stelle sono il partito più forte per mandati parlamentari. La Lega è al secondo posto per numero di seggi in entrambe le Camere.

Martedì Beppe Grillo, fondatore e presidente onorario del Movimento Cinque Stelle, ha fatto sapere che la sentenza del giudice deve essere rispettata. Lo Statuto dichiarato non valido dalla corte, che era stato redatto sotto la leadership dell'ormai deposto Conte, dovrà essere rivisto il prima possibile. Il senatore Vito Crimi è di nuovo leader del partito ad interim. Anche la posizione di Beppe Grillo, il cui potere era stato drasticamente ridimensionato da Conte con lo Statuto del partito, si è nuovamente rafforzata. Grillo ha invitato i membri del Movimento a mantenere la calma e ad essere cauti.

Fino a lunedì sera Conte aveva dichiarato che la disputa legale sullo Statuto e sulle modalità di elezione, decisa a suo favore dal tribunale, non minava la sua legittimità politica come leader del partito. Conte ha detto di voler mantenere la sua posizione di leader e di affrontare ancora una volta l'elezione primaria dei membri del partito. Sono stati tre attivisti di Napoli a fare ricorso, a nome di centinaia di membri del Movimento che non avevano potuto partecipare all'elezione del nuovo leader del partito per motivi formali. Se si dovesse votare nuovamente per eleggere un nuovo leader del partito, il ministro degli Esteri Luigi Di Maio è considerato il più accanito rivale di Conte.

Draghi deve fare i conti con politici la cui posizione è stata indebolita dai loro stessi partiti, che vogliono ottenere un posto in governo per poter distribuire favori elettorali ai loro sostenitori, in vista delle elezioni parlamentari di marzo 2023. Finora Draghi ha respinto tutte le richieste di riformare il governo. Varie parti - compresi i partiti della coalizione - chiedono inoltre che lo stato fornisca ulteriore sostegno alle famiglie bisognose e alle piccole e medie imprese, per via del forte aumento dei prezzi dell'energia.

A gennaio l'inflazione ha sfiorato il 4,8%, il livello più alto dal 1998. La principale causa dell'aumento dell'inflazione è il costo significativamente più alto dell'energia. Nell'arco di un anno i prezzi dell'elettricità sono quasi raddoppiati, facendo crescere lo scetticismo sia tra la popolazione che nei mercati finanziari. All'inizio della settimana, lo spread di credito dei titoli di stato italiani è salito a più di 160 punti base, il valore più alto dall'estate del 2020. Oltre all'inflazione persistente, che potrebbe ridurre la crescita economica di un punto percentuale,

si teme che le dispute tra i vari partiti possano rallentare la spinta di riforme portata avanti dalla coalizione del governo Draghi.

## NACHRICHTEN

### Baerbock holt Greenpeace-Chefin ins Auswärtige Amt

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) will die bisherige Chefin von Greenpeace International, Jennifer Morgan, als Sonderbeauftragte für Internationale Klimapolitik ins Auswärtige Amt holen. Das wurde am Dienstag in Berlin bekannt. Laut einem Bericht des „Spiegel“ soll das Kabinett an diesem Mittwoch darüber entscheiden. Die US-Umweltaktivistin und Klimaexpertin soll demnach erst Sonderbeauftragte und später Staatssekretärin werden. Für die Verbeamtung muss die 55-Jährige die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Ein entsprechender Antrag werde bereits bearbeitet, hieß es. **afp**

### Polen will gerichtlich gegen EU-Sanktionen vorgehen

Im Rechtsstreit mit Brüssel will Polen die Kürzung von EU-Mitteln juristisch anfechten. Die Regierung in Warschau werde „alle rechtlichen Mittel“ nutzen, sagte Sprecher Piotr Müller der polnischen Nachrichtenagentur PAP. Die EU-Kommission hatte zuvor die Kürzung von Hilfgeldern für Polen von rund 15 Millionen Euro angekündigt. Sie reagierte auf die Weigerung Polens, einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) Folge zu leisten. **afp**

### USA liefern erneut Waffen an Taiwan

Taiwan hat eine Waffenlieferung der USA im Umfang von 100 Millionen US-Dollar begrüßt. Das US-Außenministerium hatte den Verkauf von Ausrüstung für das Raketenabwehrprogramm der demokratischen Inselrepublik genehmigt. Dies sei die zweite Waffenlieferung der Regierung von US-Präsident Joe Biden, hieß es aus Taipeh. Chinas Regierung reagierte verärgert. Man werde „robuste Maßnahmen ergreifen“, sagte ein Sprecher in Peking. **dpa**

### Protest gegen Auflösung des Justizrats in Tunesien

Wegen der Auflösung des Obersten Justizrates wollen die tunesischen Richter:innen am Mittwoch und Donnerstag streiken. Präsident Kais Saïed habe sich in die Justiz eingemischt und die Gewaltenteilung missachtet, teilte der Richterverband mit. Saïed hatte angekündigt, den Rat, der die Unabhängigkeit der Justiz garantieren soll, aufzulösen. **epd**

### Berichte über zunehmende Gewalt gegen Rohingya

Die Lage der Rohingya-Flüchtlinge in den Camps in Bangladesch wird einer Studie zufolge immer gefährlicher. Berichte über Entführungen, Gewalt zwischen Banden und Drogenhandel hätten in den vergangenen zwei Jahren massiv zugenommen, teilte die Menschenrechtsorganisation „Burma Human Rights Network“ (BHRN) bei der Vorstellung einer entsprechenden Studie am Dienstag in Bangkok mit. **epd**

## Benedikt streitet Mitschuld ab

Missbrauchsgutachten: Fachmann vermisst bei Ex-Papst Übernahme von Verantwortung

Der Kirchenrechtler Thomas Schüller hat die Erklärung des emeritierten Papstes Benedikt XVI. zum Münchner Missbrauchsgutachten als unzureichend kritisiert. „Er entschuldigt sich, spricht seine Scham aus – das ist gut und wichtig“, sagte Schüller am Dienstag. „Was fehlt aber? Dass er sagt: ‚Ich entschuldige mich, und ich übernehme Verantwortung für die schlimmen Fehler, die in Sachen Umgang mit sexuellem Missbrauch in meiner Zeit als Erzbischof von München-Freising gemacht wurden.‘“

Der emeritierte Papst Benedikt XVI. bat die Opfer sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche am Dienstag um Verzei-

hung – konkrete Vertuschungsvorwürfe gegen sich wies er aber entschieden zurück.

Benedikt spreche zwar von Fehlern und Vergehen, aber er rechne sie sich nicht selbst an. „So als hätten anonym bleibende Mächte und Gewalten im Erzbistum München-Freising diese Fehler gemacht, nicht aber er“, kritisierte Schüller, Kirchenrechtler an der Universität Münster. „So übernimmt er erneut nicht persönliche Verantwortung, und vor allem er zieht keine persönlichen Konsequenzen, außer sich der barmherzigen Liebe Gottes anzupfehlen.“ Das werde die Betroffenen erneut traumatisieren. **dpa**  
Kommentar Seite 11

## Fünf Sterne im Chaos

Italiensches Gericht erklärt Wahl des Chefs der Regierungspartei für ungültig

Italiens größte Parlamentspartei Fünf Sterne ist nach einer Gerichtsentscheidung tiefer in ihre Führungskrise gerutscht. „Die Situation ist sehr kompliziert, das können wir nicht abstreiten“, schrieb der Gründer der populistischen Protestpartei, Beppe Grillo, am Dienstag auf Facebook und rief die Mitglieder auf, keine vorläufigen Entscheidungen zu treffen. Ein Zivilgericht in Neapel hatte am Montag die Wahl des bisherigen Parteichefs und früheren Ministerpräsidenten Giuseppe Conte und eine Änderung des Statuts aus dem August 2021 für ungültig erklärt.

Einige Partei-Aktivist:innen reichten zuvor eine Klage ein, weil bei der Wahl im August

nicht alle Sterne-Mitglieder abstimmen konnten, sondern nur die, die schon mehr als sechs Monate dazugehörten. Am Montagabend erklärte Conte im italienischen Privat-Fernsehsender La7, es handle sich um eine formal-juristische Sache, die nicht den Kern der Parteiführung betreffe. Er wolle Parteichef bleiben. Veränderungen am Statut seien bereits geplant gewesen.

Die Bewegung, die Teil des bisherigen Parteibündnisses unter Ministerpräsident Mario Draghi ist, könnte damit laut Medienberichten ohne echte Parteiführung dastehen, wenn eine geplante Berufung vor Gericht scheitert. Ein Weg aus der Krise wäre dann eine Abstimmung. **dpa**

## Eine Hauptstadt im Dschungel

Indonesiens Regierung lässt auf Borneo eine neue Metropole bauen – denn Klimawandel und Verkehrskollaps setzen der Region Jakarta immer mehr zu

Es ist ein gigantisches Projekt: Indonesien bekommt eine neue Hauptstadt – fernab der langsam im Meer versinkenden Megametropole Jakarta. Noch ist das Gebiet auf Borneo, wo das neue Verwaltungszentrum entstehen soll, von Dschungel bedeckt. Aber nachdem das Parlament kürzlich den Umzug genehmigt hat, kann der Startschuss für die Bauarbeiten in der Provinz Ostkalimantan fallen. Einen Namen hat die künftige Hauptstadt jetzt auch: Nusantara – ein altjavanesches Wort, das „äußere Inseln“ bedeutet und als Synonym für den indonesischen Archipel verwendet wird. Schon 2024 sollen erste Behörden verlegt werden.

Die Gründe für die von Präsident Joko Widodo vorangetriebenen Pläne sind vielschichtig. Denn das dicht besiedelte Jakarta mit seinen elf Millionen Einwohner:innen (und sogar mehr als 32 Millionen in seiner Metropolregion) leidet unter massiven Problemen.

Da ist der tägliche Verkehrskollaps. Autofahrer:innen verbringen in der Stadt durchschnittlich 22 Tage im Jahr im Stau, wie 2019 eine Studie ergab. Oft liegt ein Schleier aus giftigem Smog über Jakarta. Vor einigen Jahren haben einige Menschen deshalb die Regierung verklagt – und schließlich recht bekommen.

Der wohl wichtigste Grund für den Umzug ist aber die Tatsache, dass verschiedenen Schätzungen zufolge bereits zwischen 20 und 40 Prozent von Jakarta unter dem Meeresspiegel liegen und die Stadt langsam untergeht. Bis 2050 könnte das gesamte Gebiet von Nordjakarta überflutet sein. „Nur wenige Orte stehen vor derartigen Herausforderungen wie die Metropolregion Jakarta“, heißt es auf der Webseite des Earth Observatory der Nasa. Zeit also, sich nach einem Standort mit weniger Risikopotenzial umzusehen.

Aber nicht überall herrscht Enthusiasmus. Die Bewohner:in-



Wird von Nusantara als Hauptstadt abgelöst: Jakarta, wo Umweltverschmutzung allgegenwärtig ist. **AFP**

nen der Region, in der Nusantara entstehen soll, betrachten das Projekt mit Sorge und fürchten um ihr Farmland und ihren Lebensunterhalt. „Unsere Sorge ist, dass wir das Land verlieren, das wir seit Generationen bewirtschaftet haben. Die haben nie mit uns gesprochen“, sagte Sibukdin, ein Stammesführer aus dem Bezirk Sepaku, wo Teile der künftigen Hauptstadt gebaut werden sollen.

### Warnung vor Naturschäden

Um Nusantara aus der Erde zu stampfen, werden in der ersten Bauphase 6000 Hektar Regenwald zwischen den Städten Balikpapan und Samarinda weitgehend gerodet. Insgesamt soll sich die Stadt aber irgendwann über mehr als 250 000 Hektar erstrecken. Zu Be-

ginn sollen etwa eine Million Menschen in das neue Verwaltungszentrum ziehen, vor allem Beamte, Militärs und Sicherheitskräfte. Kosten für das imposante Unternehmen: mehr als 32 Milliarden Dollar (28 Milliarden Euro).

Allerdings plant die Regierung keine Betonwüste, sondern eine grüne und smarte City. Auf den Straßen werden dem Konzept zufolge nur noch E-Autos erlaubt sein, und auch sonst soll Nusantara mit modernsten Technologien glänzen. Zudem ist die Region den Behörden zufolge relativ sicher vor Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben, Tsunamis und Vulkanausbrüchen.

Die Regierung hofft, mit dem Projekt zahlreiche Investoren anzulocken – und künftig auch auf Borneo und nicht nur auf der Hauptinsel Java das Wirtschafts-

wachstum Indonesiens anzukurbeln. Die Entwicklung des größten Inselstaates der Welt solle so gerechter und ausgewogener werden, sagte Rawanda Wandy Turoung aus dem Stab des Präsidenten.

Umweltschützer:innen sehen das Vorhaben hingegen kritisch. „Die Regierung hätte ein Referendum dazu durchführen sollen“, sagte Pradarma Rupang, Aktivist der Gruppe „Mining Action Network“. „Sie treiben das Projekt mit einer Eile voran, als ob unsere Nation auseinanderfallen würde, wenn wir die Hauptstadt nicht verlegen“, monierte er. Aber um Nusantara mit Strom zu versorgen, würden – zumindest zu Beginn – fossile Brennstoffe gebraucht, vor allem Kohle. „Das wird zur Eröffnung riesiger Minen führen“, warnte er. **dpa**

# I Cinque Stelle nel caos

## **Il tribunale di Napoli dichiara invalida l'elezione del leader del partito**

Dopo una sentenza del tribunale, il più grande partito parlamentare italiano, i Cinque Stelle, è scivolato ancora più a fondo nella sua crisi di leadership. "La situazione è molto complicata, non possiamo negarlo", ha scritto martedì su Facebook il fondatore del partito populista di protesta, Beppe Grillo, invitando i membri a non prendere decisioni avventate. Lunedì il tribunale civile di Napoli ha dichiarato invalide sia l'elezione dell'attuale leader del partito ed ex primo ministro, Giuseppe Conte, sia una modifica dello Statuto del partito risalente all'agosto 2021.

Alcuni attivisti pentastellati hanno precedentemente intentato una causa, perché nelle elezioni di agosto non hanno potuto votare tutti i membri del partito, ma solo quelli che ne facevano parte da più di sei mesi. Lunedì sera Conte ha dichiarato all'emittente televisiva privata italiana La7 che si trattava di una questione legale formale, che non riguardava il nucleo della leadership del partito. Vuole rimanere leader del partito. Le modifiche allo Statuto sono già state pianificate.

Secondo i media, il Movimento Cinque Stelle, che fa parte della coalizione del governo Draghi, potrebbe quindi trovarsi senza una vera leadership di partito, se l'appello previsto in tribunale dovesse fallire. In tal caso il voto sarebbe una possibile via d'uscita dalla crisi.